



Wahlprüfsteine des BVDM e.V. zur Bundestagswahl September 2021

Die Antworten der Spitzenkandidaten in Baden- Württemberg im Original

1. Die Fragen des BVDM e.V. an die
Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg
2. Antworten Steffen Bilger, CDU
3. Antworten Franziska Brantner,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
4. Antworten Michael Theurer, FDP
5. Antworten Bernd Riexinger, DIE LINKE

Von der Spitzenkandidatin der **AfD**, Fr. Dr. Alice Weidel, sowie der
Spitzenkandidatin der **SPD**, Fr. Saskia Esken, sind bis zum Tag der
Auswertung am 09.09.2021 keine Antworten beim BVDM eingegangen.

Die Freien Wähler wurden in Baden-Württemberg nicht befragt.

Der Spitzenkandidat der CDU in Baden-Württemberg, Hr. Dr. Wolfgang
Schäuble, wollte unsere Fragen nicht beantworten. Sein Büro hat telefonisch
darum gebeten einem anderen Wahlkreiskandidaten der CDU die Fragen zur
Beantwortung zu zusenden. An seiner Stelle wurde daher der Direktkandidat
der CDU im Landkreis Ludwigsburg, Hr. Steffen Bilger befragt.

Die Fragen:

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention:

Der BVDM lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen.

Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

JA () NEIN ()

2. Motorrad-Streckensperrungen: Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

JA () NEIN ()

3. Tempolimits nur für Motorräder: Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

JA () NEIN ()

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

JA () NEIN ()

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen.

Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

JA () NEIN ()



Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

Steffen Bilger MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Bundesverband der Motorradfahrer e.V.
Referat „Zukunft Motorrad“
Herrn Uwe Flammer

per E-Mail

Berlin, 11. August 2021

Ihre Anfrage vom 1. August 2021

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention:

Der BVDM lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen. Werden Sie sich, nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

Antwort:

CDU und CSU ist es ein Anliegen, lebensgefährliche Raserei ebenso wie Fahrzeugmanipulationen zu unterbinden. Wir fühlen uns der Vision Zero verpflichtet und wollen daher potenzielle Verkehrsgefährdungen durch geeignete Mittel minimieren.

2. Motorrad-Streckensperrungen:

Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

Antwort:

CDU und CSU ziehen Streckensperrungen, die sich auf einzelne Straßenverkehrsgruppen beziehen, nur dann in Betracht, wenn dies zur Verhinderung von Unfällen oder Schäden an der Straßeninfrastruktur dient.

Fortsetzung auf der Folgeseite



Fortsetzung Steffen Bilger CDU

3. Tempolimits nur für Motorräder:

Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

Antwort:

CDU und CSU sprechen sich gegen jede Form von allgemeingültigen Tempolimits aus.

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB:

Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland. Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

Antwort:

Es besteht nach Auffassung von CDU und CSU kein akuter Handlungsbedarf.

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern:

Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen. Werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

Antwort:

Die Förderung der Elektromobilität ist wichtig für die Dekarbonisierung des Verkehrs. CDU und CSU begrüßen, wenn auch bei Motorrädern auf E-Mobilität gesetzt wird. Wir wollen uns mit der finanziellen Förderung vorerst auf PKW und LKW konzentrieren.

Antworten von Franziska Brantner, Grüne

Sehr geehrter Herr Flammer, vielen Dank für Ihre Fragen, die ich wie folgt beantworte. Mit freundlichen Grüßen, Franziska Brantner

1. Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern bei PKW und Motorrädern: Werden sich die GRÜNEN und wird sich A. Baerbock für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen gegen Raserei und Fahrzeugmanipulation einsetzen? JA? Oder NEIN?

Ja, wir GRÜNE wollen den Einsatz von Technik, die Schadstoff- oder Lärmemissionen erhöht und Testzyklen erkennt, für Motorräder sowie Pkw wirksam bekämpfen, unter Ausschöpfung aller nationalen rechtlichen Möglichkeiten. Fahrzeugkontrollen und die Umsetzung von klaren Regeln in der StVO - für die wir uns einsetzen - liegen in der Hoheit der Bundesländer, hierbei wollen bundesseitig auf eine stärkere Kooperation der Behörden hinwirken.

2. Streckensperrungen nur für Motorräder: Werden sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen? JA oder NEIN?

Ja, wir GRÜNE wollen keine Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer und wollen alle Maßnahmen ergreifen, vor Ort Streckenbeschränkungen zu vermeiden. Motorradfahren ist ein Baustein der individuellen Mobilität. Gleichzeitig darf der berechtigte Fahrspaß der einen nicht die Gesundheitsgefährdung der anderen bedeuten. Um Lärmbelastung an besonders stark von Auto- und Motorradverkehr frequentierten Strecken zu reduzieren, wollen wir GRÜNE die Schwellenwerte für unnötigen Lärm definieren und Überschreitungen mit wirksamen Mitteln ahnden. Das Vergehen einer Minderheit von Motorradfahrern darf aus unserer Sicht nicht dazu führen, dass alle Motorradfahren eingeschränkt werden. Zudem wollen wir auf eine Überarbeitung der Typzulassungsvorschriften hinwirken, damit Motorräder tatsächlich leiser und dafür bestehende technische Optionen ausgeschöpft werden. Gleiches gilt für die Lärmwerte von Pkw.

3. Tempolimits nur für Motorräder: Werden die Grünen, wird sich A. Baerbock, im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen? JA oder NEIN?

Ja, Tempolimits nur für Motorräder wollen wir GRÜNE nicht einführen. Jeden Tag sterben auf den Straßen in Deutschland statistisch 9 Menschen und werden 1000 schwer verletzt. Das müssen wir dringend ändern und dem zentralen Gebot der gegenseitige Rücksichtnahme, das die Straßenverkehrsordnung an erster Stelle ausspricht, dadurch nachkommen, dass die z.T. sehr großen Geschwindigkeitsunterschiede, gerade im Mischverkehr in der Stadt, vermindert werden. Aus Verkehrssicherheitsgründen sprechen wir GRÜNE uns deswegen für eine allgemeine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 km/h und innerorts für die Regelgeschwindigkeit 30 km/h aus.

4. Tiroler Modell: Werden sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock gegen Fahrverbote für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen? JA oder NEIN?

Nein, denn bei einem Interessensausgleich muss Gesundheitsschutz letztlich schwerer wiegen. Wir GRÜNE wollen es schwerstbetroffenen Orten ermöglichen, für zunächst eine Saison das sogenannte Tiroler Modell mit Streckensperrungen für Motorräder mit einem Standgeräusch von zunächst mehr als 95 Dezibel anzuordnen, die Lärminderung während der Testphase laufend zu evaluieren und falls erforderlich, die Verantwortlichen in die Lage zu versetzen, lärmbedingte Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie Sonn- und Feiertagsfahrverbote zu verhängen, solange bis wirksame Maßnahmen zum Ausschluss besonders lauter Maschinen spürbar Abhilfe schaffen. Falls es dazu käme, könnte es sich aber gegebenenfalls nur um einige wenige Straßenkilometer auf dem insgesamt riesigen Straßennetz in Deutschland handeln.

Fortsetzung Antworten von Franziska Brantner, Grüne

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Wird sich die GRÜNEN, wird sich A. Baerbock im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektro-Motorrädern/-Rollern einsetzen? JA oder NEIN?

Ja. Das Bundes-Klimaschutzgesetz gibt vor, die CO₂-Emissionen des Verkehrs bis 2030 um fast die Hälfte zu verringern und den Sektor bis 2045 komplett zu dekarbonisieren. Die Automobil- und Motorradindustrie ist deshalb gefragt, gezielt in die Entwicklung neuer Modelle und Antriebskonzepte zu investieren. Wegen seiner hohen Verantwortung für den Klimaschutz wollen wir GRÜNE für den Automobilbereich ein festes Ausstiegsdatum für Verbrenner einführen, wie es bereits in zahlreichen Ländern vorgesehen ist. Wir GRÜNE unterstützen selbstverständlich auch jede Anstrengung im Motorradbereich, auf batterieelektrische Antriebe umzustellen. Dazu können auch finanzielle Anreize gehören. Allerdings müssen die Hersteller auch mehr elektrische Zweiräder in ihre Portfolios aufnehmen.

Anmerkung des BVDM:

Das Büro von Fr. Franziska Brantner hat offensichtlich den Fragebogen genutzt, der auch an die Spitzenkandidatin der Grünen auf Bundesebene, Fr. Annalena Baerbock, gerichtet war. Wir müssen dies akzeptieren und geben die Antwort von Fr. Brantner im Original wieder.

Antworten von Michael Theurer, FDP

Der BVDM fordert Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Werden Sie sich nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

Ja. Für uns Freie Demokraten liegt der Schwerpunkt auf der Durchsetzung bestehender Gesetze und nicht im Ausformulieren immer neuer Verbote, Gebote und Lenkungsmaßnahmen. Insbesondere die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit kann Konflikte präventiv verhindern, da deren Überschreitung eine der Hauptgründe für Unfälle und zusätzliche Lärmbelästigung im Straßenverkehr ist. Zur Kontrolle und Sanktionierung gravierender Emissions- und Geschwindigkeitsverstöße sowie nicht typengenehmigte An- und Umbauten an Motorrädern wollen wir daher der Polizei ausreichend finanzielle, technische und personelle Ressourcen zur Verfügung stellen. Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder.

Werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

Ja. Auch Streckensperrungen, etwa an Sonn- und Feiertagen, lehnen wir ab. Statt wirklicher Entlastung führen Sie nur zu Verkehrsverlagerungen. Wir wollen daher Sicherheit und Lärmschutz verbessern statt die Probleme weiterreichen. Daher setzen wir auf die bereits genannten Maßnahmen, um die Situation für alle Beteiligten zu verbessern. Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder.

Werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

Ja. Pauschale Tempolimits nur für Motorradfahrer lehnen wir Freie Demokraten als unverhältnismäßig ab. An bekannten Gefahren- bzw. Problemstellen gilt es sowohl die Sicherheit als auch die Einhaltung der Verkehrsregeln zu gewährleisten. Das betrifft Motorräder genauso wie Pkw und Lkw. Dafür setzen wir auf den gezielten Ausbau passiver Sicherheitssysteme, eine Stärkung der Polizei sowie gezielte Informationskampagnen.

Werden Sie sich nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

Ja. Eine solche Regelung käme einer zusätzlichen Verschärfung der Grenzwerte durch die Hintertür gleich. Statt auf nationaler oder EU-Ebene Rechtsunsicherheit und zusätzliche Bürokratie zu schaffen, wollen wir im Rahmen der UN- ECE international eine Verbesserung der derzeitigen Prüfverfahren in Richtung Real Driving Sound Emissions voranbringen. Zudem möchten wir eine der Hauptuntersuchung angegliederte Lärmmessung nach geltenden Grenzwerten verpflichtend einführen, um die Einhaltung bestehender Vorgaben einfach und halterfreundlich zu gewährleisten.

Werden Sie sich im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

Nein. Wir Freie Demokraten sprechen uns gegen die massive Subventionierung der Elektromobilität bei Autos aus. Einen zusätzlichen Subventionstatbestand bei E-Motorrädern lehnen wir ab. Die Entwicklung und Produktion von elektrisch betriebenen Motorrädern sehen wir als Ergänzung des bestehenden starken Motorradstandorts Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

Marlis Gebbing
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Michael Theurer, MdB
Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-79414
Fax: +49 30 227-70413
michael.theurer.ma03@bundestag.de
www.bundestag.de

Bundesverband der Motorradfahrer e.V.
Claudius-Dornier-Str. 5b
50829 Köln

Berlin, den 05.08.2021

LINKE Antworten auf Ihre Fragen

1. Ausreichende und bessere Ressourcen für Sanktionen und Prävention: Der BVDM lehnt Raserei und Manipulationen an Schalldämpfern strikt ab! Wir wissen, dass Lärm und Verkehrsgefährdung Probleme sind, die schnellstmöglich gelöst werden sollten. Deshalb fordert der BVDM Präventionsmaßnahmen, sowie die konsequente Sanktionierung von Motorrad-/Autofahrern, die sich nicht an die geltenden Regeln halten. Die Behörden benötigen dazu ausreichende juristische Rahmenbedingungen und finanzielle Ressourcen. Wird sich Ihre Partei nachdrücklich für ausreichende juristische Rahmenbedingungen und Ressourcen bei den Behörden für Prävention und Sanktionen einsetzen?

JA

2. Motorrad-Streckensperrungen: Im Bundesgebiet gibt es eine Vielzahl von Streckensperrungen nur für Motorräder. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit nachdrücklich gegen Streckensperrungen ausschließlich für Motorradfahrer aussprechen?

NEIN

3. Tempolimits nur für Motorräder: Im Bundesgebiet gibt es auf einigen Straßen Tempolimits ausschließlich für Motorräder. Wird sich Ihre Partei im Rahmen der politischen Arbeit gegen Tempolimits ausschließlich für Motorräder aussprechen?

NEIN

4. Motorrad-Fahrverbot bei Standgeräusch über 95 dB: Seit dem 10. Juni 2020 gilt in Tirol auf einigen Strecken ein Fahrverbot nur für Motorräder mit einem Standgeräusch über 95 dB. Sehr viele Motorräder, die korrekt die gültigen Zulassungsbestimmungen erfüllen, werden so vom Straßenverkehr ausgeschlossen. Eine ähnliche Maßnahme befürchten wir auch in der Bundesrepublik Deutschland. Wird sich Ihre Partei nachdrücklich gegen Fahrverbote nur für zulassungskonforme Motorräder mit einem Standgeräusch von mehr als (kleiner oder gleich) 95 dB aussprechen?

NEIN

5. Förderung der E-Mobilität auch bei Motorrädern: Elektroautos werden von der Bundesregierung finanziell gefördert. Elektromotorräder/-roller hingegen nicht. Dabei nehmen sie im Vergleich zu Pkw erheblich weniger Raum im Straßenverkehr ein und sind nicht nur im Berufsverkehr eine echte Alternative. Hinzu kommen die reduzierte Umweltbelastung und kaum vorhandene Lärmemissionen. Wird sich Ihre Partei, werden Sie sich, im Rahmen der politischen Arbeit für eine finanzielle Förderung von Elektromotorrädern/-rollern einsetzen?

NEIN